



Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Generationengerechte Bildungspolitik

Ein 7-Punkte-Plan



INHALT

| | |
|--|---|
| Einleitung..... | 2 |
| 1. Investitionen in Bildung | 3 |
| 2. Reform des Bildungsföderalismus..... | 3 |
| 3. Ausbau der frühkindlichen Bildung | 3 |
| 4. Ausbau von Ganztagsangeboten | 4 |
| 5. Modernisierung der Lehrpläne | 4 |
| 6. Digitalisierungsoffensive..... | 4 |
| 7. Generationengerechtigkeit als Lehrinhalt..... | 4 |
| Über die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) | 5 |

Einleitung

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Sie befähigen die jüngeren Generationen zu gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Teilhabe und sichern den Wohlstand von morgen.

Bildung ist ein entscheidender Faktor sowohl für die Chancen des Einzelnen in der Gesellschaft als auch für den Wohlstand der Gesellschaft als Ganzes: Ein berufsqualifizierender Abschluss reduziert in Deutschland das Risiko, arbeitslos zu werden, um den Faktor 4, ein Hochschulabschluss sogar um den Faktor 8. Vergleiche zwischen Volkswirtschaften zeigen einen signifikanten Zusammenhang zwischen Schülerleistungen und langfristigen Wachstumsraten.

Damit der Bildungsbereich als generationengerecht gelten kann, muss eine Generation mindestens mit den gleichen staatlichen Ausgaben für Bildungszwecke bedacht werden wie die Generation vor ihr. Diese „Mindestanforderung“ erfüllt die deutsche Bildungspolitik aktuell: Der Anteil öffentlicher Bildungsausgaben am BIP ist seit Mitte der 90er Jahre konstant, während die Zahl der Einwohner im Ausbildungsalter in diesem Zeitraum gesunken ist. Unser Schulsystem konnte von der „demografischen Rendite“ profitieren: Stagnierende Ausgaben für Bildung standen sinkenden Schülerzahlen gegenüber.

Doch in Zukunft wird die Schülerzahl aufgrund steigender Geburtenraten und Zuwanderung wieder ansteigen: Die Bertelsmann-Stiftung rechnet mit einer Steigerung um 8 % an allgemeinbildenden Schulen bis 2030. Da staatliche Prognosen bislang von sinkenden oder stabilen Zahlen ausgingen, besteht im Bildungsbereich ein zusätzlicher Investitionsbedarf in Milliardenhöhe.

Zudem sieht sich das Bildungssystem neuen Herausforderungen gegenüber, die aus verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungen resultieren: So wächst beispielsweise mit dem Anteil von Kindern nichtdeutscher Muttersprache der Bedarf an Sprachförderung und mit der Erwerbsbeteiligung von Müttern der Bedarf an Ganztagschulen. Aufgrund steigender Anforderungen an das Ausbildungsniveau von Arbeitskräften haben Geringqualifizierte heute deutlich schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als früher.

Eine in doppelter Hinsicht wichtige Rolle spielt der demografische Wandel: Durch die Alterung der Gesellschaft werden die kommenden Generationen im Verlauf ihres Erwerbslebens größere finanzielle Lasten schultern müssen. Vor diesem Hintergrund ist es geboten, heute verstärkt in die Leistungsfähigkeit dieser Generationen zu investieren. Dabei konkurriert das Bildungssystem jedoch mit anderen Staatsausgaben um knappe finanzielle Ressourcen – nicht zuletzt mit den stetig steigenden Zuschüssen für die gesetzliche Rentenversicherung. Während Bildung also notwendig wäre, um in Zukunft die Folgen der Alterung der Gesellschaft zu bewältigen, erschwert eben jene Alterung heute ihre Finanzierung.

Im internationalen Vergleich investiert Deutschland zu wenig in Bildung und somit zu wenig in die Chancen der jungen Generationen. 2013 flossen nur 9,5 % unserer öffentlichen Gesamtausgaben in Bildungseinrichtungen des Primar-, Sekundär- und Tertiärbereichs, der OECD-Durchschnitt liegt bei 11,2 %. Auch der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am

Bruttoinlandsprodukt ist bei uns unterdurchschnittlich (Deutschland 4,2 %, OECD-Durchschnitt: 4,8 %).

Um junge Menschen in die Lage versetzen, in Zukunft mindestens den Lebensstandard der vorangegangenen Generationen zu erreichen, müssen Bildungseinrichtungen die Schlüsselkompetenzen vermitteln, die morgen gefragt sind. Aktuell wird unser Bildungswesen diesem Anspruch nicht gerecht: Die Digitalisierung krepelt unsere Gesellschaft um, Lehrinhalte und Lehrmethoden sowie die technische Ausstattung staatlicher Schulen halten mit dieser Entwicklung jedoch aktuell nicht Schritt. Nach einer YouGov-Umfrage fühlen sich gerade mal 17 % der deutschen Schüler von ihren Lehrern auf die Anforderungen einer digitalen Arbeits- und Lebenswelt vorbereitet. Bei den Computer- und informationsbezogenen Kompetenzen von Achtklässlern ist Deutschland im EU-Vergleich nur Mittelmaß.

Vor allem aber krankt Deutschland an einer geringen intergenerationalen Bildungsmobilität. Bildungsarmut (und in deren Folge materielle Armut) darf sich nicht von Generation zu Generation weitervererben, doch genau das ist derzeit in Deutschland der Fall. Unser Bildungssystem ist im hohen Maße sozial selektiv. In wenigen Ländern hängen die in TIMSS und PISA gemessenen Bildungsleistungen von Schülern gegen Ende der Sekundarstufe I stärker vom familiären Hintergrund ab als in Deutschland. Die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, ist für Kinder aus den oberen sozialen Schichten je nach Bundesland bis zu sechseinhalbmal so hoch wie für solche aus den unteren sozialen Schichten.

Zur Bewältigung der Herausforderungen und für eine generationengerechte Bildungspolitik fordert die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG):

1. Investitionen in Bildung

Wir fordern, dass Deutschland bei den Bildungsinvestitionen bis zum Ende der Legislaturperiode zum OECD-Durchschnitt aufschließt und mittelfristig einen Platz im oberen Drittel der OECD-Staaten einnimmt. Das Ungleichgewicht zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben der öffentlichen Hand darf nicht noch weiter zunehmen.

2. Reform des Bildungsföderalismus

Der Bildungsföderalismus darf nicht dazu führen, dass wichtige Investitionen ausbleiben. Wir fordern deshalb, das Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufzuheben, damit der Bund sich an der Finanzierung von Schulen beteiligen kann.

3. Ausbau der frühkindlichen Bildung

Kinder aus so genannten „bildungsfernen Schichten“ profitieren in besonderem Maße von frühkindlicher Bildung. Wir fordern deshalb einen quantitativen und qualitativen Ausbau von Kindertagesstätten und dass der Besuch einer KiTa nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern darf. Das letzte Kindergartenjahr sollte als Vorschuljahr für alle verpflichtend und beitragsfrei sein, langfristig sollte der Kindergarten komplett beitragsfrei werden.

4. Ausbau von Ganztagsangeboten

Um allen Schülern faire Bildungschancen zu bieten, brauchen wir den Ausbau von Ganztagsangeboten. Derzeit wird in Deutschland nicht mal die Hälfte des Bedarfs an Ganztagsplätzen gedeckt. Wir fordern deshalb einen bundesweiten Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz an allen allgemeinbildenden Schulen.

5. Modernisierung der Lehrpläne

Dank Internet sind Informationen heute für jedermann einfach und kostenfrei abrufbar. Vor diesem Hintergrund muss „Bildung“ neu definiert werden: Die Vermittlung von Wissen wird natürlich nicht irrelevant, verliert aber zu Gunsten der Vermittlung von Methoden und so genannten „Soft Skills“ an Bedeutung. Schüler müssen die Fähigkeit erlernen, Wissen zu erschließen, zu bewerten, zu verarbeiten und anzuwenden. Wir brauchen deshalb eine Modernisierung der Lehrpläne. Unter anderem sollte „Medienkunde“ an allen Schulen Pflichtfach werden.

6. Digitalisierungsoffensive

Unsere Schulen müssen junge Menschen auf die digitale Wissensgesellschaft von morgen vorbereiten. Wir fordern eine Digitalisierungsoffensive, die eine bessere technische Ausstattung von Schulen, eine zeitgemäße Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und den Einsatz digitaler Lehrmittel umfasst. Blended-Learning-Projekte und cloudbasierte Lehr- und Lernplattformen sollten nach erfolgreicher Pilot-Phase zum Standard an deutschen Schulen werden. Dabei sollten bevorzugt Open Source-Software und freie Lizenzen zum Einsatz kommen.

7. Generationengerechtigkeit als Lehrinhalt

Unsere Schulen müssen ein Bewusstsein für die Belange zukünftiger Generationen vermitteln. Wir fordern, die Themenbereiche Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in den Lehrplänen zu verankern. Schüler heute entsprechend zu informieren und sensibilisieren legt den Grundstein dafür, dass Politik morgen zukunftsorientierter agieren kann.

Über die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)



Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist eine advokatorische Denkfabrik an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik und gilt als „bekanntester außerparlamentarischer Think Tank in Sachen Generationengerechtigkeit“ (Wirtschaftswocche). Sie wurde 1997 von einer überparteilichen Allianz fünf junger Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren ins Leben gerufen, wird von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet und verfolgt das Ziel, durch praxisnahe Forschung und Beratung das Wissen und das Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu schärfen. Die Stiftung ist finanziell unabhängig und steht keiner politischen Partei nahe.

UNTERSTÜTZEN SIE UNS MIT IHRER SPENDE!

per Überweisung:

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE64 4306 0967 8039 5558 00

BIC (SWIFT-CODE): GENODEM1GLS

...oder auf generationengerechtigkeit.info/unterstuetzen/

IMPRESSUM

Herausgeberin: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Mannspergerstr. 29, 70565 Stuttgart, Deutschland
Tel: +49 711 28052777
Fax: +49 3212 2805277
E-mail: kontakt@srzg.de
generationengerechtigkeit.info

Redaktion: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Autor: Martin Hagen, Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Mitarbeit: Anna Halbig, Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Jonathan Hoffmann, Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Design: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Bildnachweis: Titelseite: Michal Grosick / Unsplash

© Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Stand: Februar 2018